

Deutschland wählt

Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik - Wofür stehen die Parteien bei der Aus- und Weiterbildung?

Berlin | Am 24. September sind 61,5 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, den 19. Deutschen Bundestag zu wählen. Danach wird sich zeigen, welche Parteien in den kommenden Jahren die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik bestimmen und Einfluss auf die Arbeit der Bildungsbranche nehmen werden.

Die anstehenden Themen sind dabei vielfältig. Prüfsteine für die neue Regierung: Arbeit und Bildung 4.0, digitale Infrastruktur, Bildungsrahmengesetz, Weiterbildungsgesetz, Mindestlohn, Integration, Vergaberecht, Finanzierungsmodelle, Bildungsbeauftragter.

Natürlich fragen sich die Vertreter der Branche, welche politischen Konstellationen sich vorteilhaft und welche sich nachteilig für die Unternehmen auswirken könnten. Die Bundestagswahlen und die Änderungen, die für die Aus- und Weiter-

bildungsbranche möglicherweise anstehen, sind deshalb Schwerpunktthema dieser Ausgabe.

Wir befragten Parteien, baten bildungs-



politische Sprecher um Gastbeiträge und führten Gespräche. Der Bildungsverband organisierte Fachveranstaltungen gemeinsam mit anderen Partnerverbänden, und wir nutzten die Newsletter-Dienste des Bundestages und der Bundesregierung

als zusätzliche Informationsquellen. Zur näheren Orientierung durchforsteten wir die Wahlprogramme der wichtigen Parteien und fanden heraus, dass sich der Bildungsverband mit seinen Positionen in den Programmen durchaus wiederfinden kann.

Die Recherchen ergaben ein buntes Bild von Wortmeldungen und Meinungen aus Politik, Bildungsbranche und von unabhängigen Fachleuten. Nach Sichtung aller Materialien haben wir die wichtigsten Beiträge für unsere Leser unkommentiert zusammengefasst. Zu bewerten, wie es die Parteien mit der beruflichen Bildung, der Aus- und Weiterbildung im Kontext der Digitalisierung halten wollen, bleibt dem Leser überlassen. Der Lackmустest wird kommen, spätestens nach den Wahlen, wenn gegebene Verprechungen auch eingehalten werden müssen.

Die Redaktion

Statements von Parteien, Sozialpartnern, Verbänden und Experten



CDU

Wir benötigen ein flexibles Weiterbildungssystem. Gesetzliche Regulierungen und Ansprüche in Form eines bundesweiten Weiterbildungsgesetzes behindern eher unser funktionierendes Weiterbildungssystem, als es zu befördern. Die

CDU und CSU begrüßen die Anstrengungen der Wirtschaft, die Beschäftigten kontinuierlich weiterzubilden. Wir prüfen, diese mit einem Anreizsystem, beispielsweise der Bildungsteilzeit zu unterstützen. Vor allem für kleine und mittlere Unternehmen soll der Einsatz von Lebensarbeitszeitkonten attraktiver und praktikabler gestaltet werden. Die bestehende Allianz für Aus- und Weiterbildung soll noch stärker das Thema Weiterbildung fokussieren. Das Programm zur Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU) wollen wir fortführen. Eine generelle Kompetenzausweitung der BA hin zu einer „Bundesagentur für Arbeit und Qualifizie-

rung“ lehnen wir ab. Effektive Weiterbildung muss praxisnah und praxistauglich, das heißt im Betrieb erfolgen. Mit dem Förderprogramm „Digitale Medien in der Beruflichen Bildung“ wird das Lernen mit digitalen Medien in der beruflichen Bildung gezielt verankert. Mit dem Sonderprogramm zur Förderung der Digitalisierung in Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und Kompetenzzentren wird die Anschaffung ausgewählter Ausstattung der ÜBS im Bereich der Digitalisierung finanziell unterstützt, beispielsweise mit 3D-Druckern. Mit diesem Sonderprogramm investieren wir – zusätzlich zur Grundfinanzierung – weitere 74 Millionen Euro in die infrastrukturu-

Inhalt

- Editorial
- Deutschland wählt
- Statements von Parteien, Sozialpartnern, Verbänden und Experten
- Parlamentarischer Abend



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 24. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Für uns ist das eine demokratische Selbstverständlichkeit. In vielen Ländern dieser Erde kämpfen Menschen jedoch noch immer um das Recht, sich ihre Regierung selbst wählen zu dürfen. Zur Demokratie gehört meiner Meinung nach auch die Pflicht jedes einzelnen und solcher Organisationen wie dem Bildungsverband, sich zu informieren und die Kandidaten und Parteien, die sich zur Wahl stellen, zu fragen, wie sie aktuelle Herausforderungen meistern wollen. Denn mit dieser Bundestagswahl werden entscheidende Weichen gestellt, gerade in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitswelt verändert sich. Der Wirtschaft fehlen Fachkräfte. Das Thema Industrie 4.0 steht auf der Agenda genauso wie die Digitalisierung der Beruflichen Bildung. Deshalb haben wir die Parteien gefragt, welche Pläne sie für die nächste Legislaturperiode haben und welche Schwerpunkte sie setzen wollen. Unser Verband ist parteipolitisch neutral. Daher haben wir Wert darauf gelegt, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien in unserem Newsletter zu Wort kommen. So können wir uns ein Bild davon machen, wie die Politiker und Parteien die Zukunft unseres Landes planen.

Für uns wird es nach der Wahl darauf ankommen, rasch mit den Sprecherinnen und Sprechern der Parteien für die Bereiche Arbeitsmarkt und Bildung ins Gespräch zu kommen. Wir werden dann unsere Interessen als Bildungsträger deutlich machen und gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen Akzente setzen. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Sommer- und Ferienzeit.

Herzlichst Ihr
Thiemo Fojkar
Vorsitzender des Vorstandes

Fortsetzung Seite 1

relle und inhaltliche Modernisierung der Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten. Beim Mindestlohn in der Aus- und Weiterbildungsbranche bekennt sich die Union klar zur Tarifautonomie. Deshalb gilt: Die Lohnfindung ist Sache der Tarif-

partner.

Bei der Integration von Flüchtlingen setzen wir auf das bewährte Portfolio der Arbeitsmarktpolitik, die in den letzten Jahren grundlegend reformiert wurde.

■ Bündnis 90/Die Grünen

Bund und Länder sollen gemeinsam in Bildung investieren und gute Rahmenbedingungen für das Lernen schaffen können. Das gilt nicht nur für die Schulen, sondern auch für Berufsschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Damit bundesweit mehr Bildungsgerechtigkeit entsteht, setzen wir uns seit jeher dafür ein, das sogenannte Kooperationsverbot abzuschaffen. Im Zuge der Digitalisierung nimmt die Halbwertszeit von Wissen weiter ab. Regelmäßige Weiterbildung und Qualifizierung werden daher zukünftig so wichtig wie die Erstausbildung sein. Erwerbstätige müssen ihr Wissen und ihre Kompetenzen immer wieder erweitern und auffrischen können.

Dabei sehen wir zunächst die Betriebe und Unternehmen in der Pflicht. Grundsätzlich sollen alle staatlich zertifizierten Fort- und Weiterbildungen bei Bedarf aber gefördert werden können. Präventiv angelegte Weiterbildungen spielen dabei eine herausgehobene Rolle. Die berufsbegleitende Qualifizierung muss neben der Förderung und Vermittlung

Arbeitsloser zum zweiten zentralen Handlungsfeld von Jobcentern und Arbeitsagenturen ausgebaut werden, dass alle von Beratung und Unterstützung profitieren können - egal ob sie beschäftigt, selbständig oder arbeitslos sind.

Flüchtlinge können uns helfen, den Fachkräftemangel und den demografischen Wandel abzumildern. Jeder Flüchtling sollte eine Einstiegsqualifizierung machen können. Sie ist zeitlich flexibel und kombiniert die praktische Erfahrung im Betrieb je nach Ausgangslage mit Sprachkursen, Orientierungsworkshops, sozialpädagogischer Betreuung und zusätzlichen Beratungs- und Qualifizierungsangeboten. An dieser Stelle können (und müssen) die Weiterbildungseinrichtungen ihre Kompetenzen einbringen. Darüber hinaus wollen wir, dass alle Flüchtlinge - auch Asylsuchende und Geduldete - an jeder geeigneten Maßnahme der Arbeitsförderung oder Berufs- bzw. Ausbildungsvorbereitung teilnehmen dürfen sollen. Auch dies wird nur mithilfe der Weiterbildungsanbieter funktionieren können.

■ SPD

Bildung wird gebührenfrei - von der Kita über die Ausbildung, das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung. Die SPD investiert in den Ausbau von Ganztagschulen und führt einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern ein. Jugendberufsagenturen sollen den Übergang von der Schule in die Ausbildung unterstützen. Neben der Ausbildungsgarantie soll es eine Mindestausbildungsvergütung geben, die die Eigenständigkeit in der Ausbildung erhöht. Mit höheren BAföG-Leistungen soll es finanziell möglich sein, in jeder Lebensphase zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu wechseln. Die politische Bildung für Jugendliche wird ausgebaut - über die Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie

durch politische Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote. Die internationalen Jugendfreiwilligendienste, der internationale Jugendaustausch sowie Erasmus+ als das zentrale Bildungsprogramm der EU wird deutlicher unterstützt. Mit den Ländern gemeinsam wird die Schulsozialarbeit ausgebaut. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wird entsprechend weiterentwickelt, um sie auf die neuen Entwicklungen in der digitalen Bildung vorzubereiten. Digitale Bildung muss Gegenstand von Schul- und Unterrichtsentwicklung sein. Digitale Selbstständigkeit betrifft alle Generationen. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln. Schülerinnen und Schüler sollen „digitale Kompe-



Statements von Parteien, Sozialpartnern, Verbänden und Experten

tenzen“ fächerübergreifend erwerben. Und wir schaffen Angebote für ältere Menschen, damit sie die Möglichkeiten

der digitalen Gesellschaft besser nutzen können. Wir brauchen eine Weiterbildungsoffensive. Allen Beschäftigten,

auch denen mit Familienpflichten, soll das Recht auf Fort- und Weiterbildung ermöglicht werden.

■ Die Linke

Ein bundesweites Weiterbildungsgesetz soll nicht nur die Rahmenbedingungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung regeln, sondern auch andere Formen der Weiterbildung, die heute in Landesgesetzen geregelt sind. In unserem Entwurf für ein bundesweites Bildungsrahmengesetz schlagen wir entsprechende Regelungen vor. Hier sollen auch Standards der Lehr- und Lernbedingungen (Personal und Ausstattung) festgelegt werden. Schulsozialarbeit muss dauerhaft ein fester Bestandteil von schulischer Arbeit werden. Sämtliche Bildungsleistungen sollen gebührenfrei zur Verfügung stehen. Wir

brauchen einen Rechtsanspruch auf Förderungen, damit alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund, Bildungs- und Weiterbildungsangebote wahrnehmen können. Privatisierungen – auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen – sollen gestoppt und umgekehrt werden. Die Förderangebote sollen entbürokratisiert und, gerade für junge Menschen, individualisiert werden. Es sollen weitere Programme für Erwachsene ohne Berufsabschluss aufgelegt werden. Bei solchen Förderangeboten haben selbstverständlich für alle Anbieter die tariflichen Bestimmungen zu gelten. Wir wollen ein Bundesprogramm zur Umsetzung digitaler Bildung

in allen Bildungsbereichen, insbesondere in der beruflichen Bildung. Der geplante Digitalpakt der Bundesregierung soll auf alle Bildungsbereiche ausgedehnt werden und nicht nur für die allgemein bildenden Schulen gelten. Regionale und lokale Medien-Kompetenzzentren sollen gebildet und aus Bundesmitteln nachhaltig unterstützt werden. Wir setzen uns bei der Flüchtlingsintegration für Sprachkurse und einen Arbeitsmarktzugang für alle Asylsuchenden von Beginn an ein sowie für ihre möglichst dezentrale Unterbringung. Die Angebote der Träger für die Geflüchteten müssen verlässlich finanziert werden.

■ Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung - Anhörung vom Mai 2017

Angesichts des demographischen Wandels und der Tendenz, dass immer mehr junge Menschen einen möglichst hohen Bildungsabschluss anstreben, soll die berufliche Bildung künftig attraktiver gestaltet werden. Hier einige Statements:

Matthias Anbuhl, DGB:

Angesichts rund 1,2 Millionen junger Menschen ohne Berufsabschluss seien sowohl Investitionen in Gebäude als auch die Stärkung des Lehrernachwuchses erforderlich. Die Digitalisierung stelle eine Herausforderung dar: Gerade in diesem Punkt müsse man stärker auf die Qualifizierung der Ausbilder schauen.

Volker Born, Zentralverband des Deutschen Handwerks:

Es gibt Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsstellen. Die Zahl der Hauptschüler sei von 60 auf aktuell 40 Prozent gesunken. Die Betriebe bräuchten Unterstützung. Angesichts der vielen förderbedürftigen Jugendlichen sei die assistierte Ausbildung ein wichtiges Instrument, das über 2018 verlängert werden solle. Zugleich müsse die Fortbildung als attraktive Aufstiegschance stärker bekannt gemacht werden.

Claudia Karstens, Paritätischer Gesamtverband:

Wichtig sei, Flüchtlingen eine berufliche Perspektive zu verschaffen. Wer nur Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive fördern wolle, wiederhole alte Fehler und schaffe neue Exklusionen.

Barbara Dorn, Bundesvereinigung der

Prozent der Zeit um das einzelne Kind und steht zu 80 Prozent vor der Klasse und vermittelt Standardwissen. Egal ob Schule, Hochschule oder Weiterbildung: Alles ist weitgehend standardisiert und vereinheitlicht. Doch jetzt können digitale Hilfsmittel allen Schülern personalisiertes Lernen ermöglichen. Eine Lehrerin, die Lernsoftware einsetzt, bringt das auf den Punkt: „Seitdem ich digitale Medien nutze, muss ich nicht

Deutschen Arbeitgeberverbände:

Immer mehr Jugendliche streben nach höheren Schulabschlüssen. Wichtig sei aber deutlich zu machen, dass auch berufliche Bildung höhere Abschlüsse, Einkommens- und Karrierechancen bereithalte, die mit denen der akademischen Bildung vergleichbar seien.

Prof. Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung:

Um die berufliche Bildung in Deutschland stehe es immer noch gut. Viele Schulabgänger streben höhere Abschlüsse an. Diese Entwicklung zeige sich eher „unheilvoll“. Ausbildungsgänge, die mit harter körperlicher Arbeit einhergehen, werden immer weniger nachgefragt. Um dem entgegen zu wirken, gibt es regional schon gute Ansätze, die verstärkt werden sollten.

■ Dr. Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, Buchautor „Die Digitale Bildungsrevolution“.

Unterschiedliche Talente, Kenntnisse und Erfahrungen – so verschieden wie der Mensch ist, so individuell lernt er auch. Die heutigen Bildungssysteme können darauf aber zu wenig Rücksicht nehmen. In typischen Unterrichtssituationen kümmert sich ein Lehrer etwa 20

mehr Standardwissen, sondern kann Kinder unterrichten.“ Die Digitalisierung gibt allen Beteiligten mehr Zeit fürs Wesentliche – ein Allheilmittel aber ist sie nicht. Natürlich können siebenminütige Lernvideos keine Persönlichkeitsbildung ersetzen und Computertechnik nicht die Bindung zwischen Lehrer und Schüler. Was sie jedoch können, ist, Freiräume genau dafür zu schaffen.

Statements von Parteien, Sozialpartnern, Verbänden und Experten

■ GEW

Deutschland muss viel mehr Geld in Bildung investieren. „Bildung ist der Schlüssel für eine lebenswerte, chancengleiche und zukunftsfähige Gesellschaft.“ Lehrende brauchen mehr Zeit für die Lernenden. Das gehe nur mit zusätzlichem Personal in Kitas, Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung. Zugleich müssen Ganztagsangebote und Inklusion ausgebaut werden. „Würde Deutschland so viel Geld für Bildung ausgeben wie andere Industrienationen im Schnitt, wären alle unsere Vorschläge problemlos zu finanzieren“, sagt GEW-Vorsitzende **Marlis Tepe**.

„Deutschland braucht ein Weiterbildungsgesetz“, sagt **Ansgar Klinger**, GEW Vorstandsmitglied. Verfolgt man die bildungspolitische Diskussion, wird schnell deutlich, dass von der Weiterbildung - zu Recht - viel erwartet wird: Sie soll gesellschaftliche Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung sowie des Strukturwandels und der Digitalisierung unterstützen, sie soll Fragen einer älter werdenden Gesellschaft lösen und die Zivilgesellschaft mitentwickeln. Damit die Weiterbildung diese hohen gesellschaftlichen Erwartungen erfüllen kann, muss die Gesellschaft sie hierzu erst einmal in

die Lage versetzen. Für die Bildungsgewerkschaft ist klar, dass hierzu ein Bundesgesetz für die Weiterbildung die erforderlichen Rahmenbedingungen sicherstellen muss. Hierzu gehören Regelungen zu Information und Beratung, Lernzeiten und der Finanzierung der Weiterbildung. „Die GEW unternimmt gemeinsam mit Ver.di und der IG Metall Schritte, um die erforderlichen bundesgesetzlichen Regelungen zu realisieren, die auch vom DGB klar eingefordert werden. Uns geht es darum, der Weiterbildung den ihr gebührenden gesellschaftlichen Stellenwert zu verschaffen“, so Klinger.

Parlamentarischer Abend Bildungs- und arbeitsmarktpolitische Perspektiven

Berlin | In bewährter Weise organisierten der Bildungsverband, die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, der Verband deutscher Privatschulverbände und der Evangelische Fachverband für



Arbeit und Soziale Integration am 28. Juni den letzten Parlamentarischen Abend vor der Bundestagswahl in der „Alten Pumpe“ in Berlin. Die vier gastgebenden Verbände und ihre etwa 80 Gäste wollten wissen, wie es mit der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik weitergehen soll nach der Bundestagswahl im Herbst.

Man lud die politischen Parteien zu einem Podiumsgespräch mit anschließender Frageunde ein, an dem Stefan Kaufmann, MdB, für die CDU, Özcan Mutlu, MdB, für Bündnis 90/ Die Grünen, Dr. Rosemarie Hein, MdB, für Die Linke und Paul Fresdorf, MdA Berlin, für die FDP teilnahmen. Die SPD entsandte keinen, der ihre Standpunkte an dem Abend hätte vertreten können, was allgemein bedauert wurde.

Bei dieser Zusammensetzung waren die Parlamentarier eher bildungspolitisch als arbeitsmarktpolitisch orientiert, es gab trotz-

dem eine lebhaft Diskussions, in der die Unterschiede in den Konzepten deutlich wurden. Wie nicht anders zu erwarten: die Frage des „Kooperationsverbotes“ von Bund und Ländern in der Bildungspolitik

wurde sehr kontrovers diskutiert. Grüne und Linke sprachen sich hier für mehr bundesweite Standards und Einheitlichkeit aus, gerade in Zeiten der Digitalisierung. Umstritten war auch die Höhe der Ausgaben für die Bildung, bei der die Oppositionsparteien wesentlich mehr Einsatz forderten. Auch bei Fachkräftemangel und Langzeitarbeitslosigkeit waren das Urteil und die Konzepte unterschiedlich bis gegensätzlich: Grüne und Linke forderten

Konkretes gab es wenig.

hier wesentlich mehr Engagement. Konkretes gab es insgesamt wenig, was die Gäste mit nach Hause hätten nehmen können. Alles in allem machte aber die Veranstaltung, trotz weitgehend bekannter Positionen, neugierig auf das, was uns nach dem 24. September erwartet – wir haben die Wahl.

Walter Würfel



Peter Schliebeck

Am 24. Juni verstarb unser ehemaliges Mitglied und Vorstandsmitglied der Zweckgemeinschaft nach schwerer Krankheit.

Peter Schliebeck war uns ein aufrichtiger Mitspieler, Vordenker und fairer Partner, der sich kümmerte und für die Ziele des Verbandes einsetzte.

Wir trauern um einen besonders verlässlichen Kollegen, um einen guten Freund! Wir werden ihn immer in guter Erinnerung behalten.

Vorstand und Geschäftsführung
des Bildungsverbandes

BBB Info-Brief, August 2017

Herausgeber

BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.
Vorsitzender des Vorstandes: Thimo Fojkar
Hannoversche Straße 19A · 10115 Berlin
www.bildungsverband.info

Redaktion

Franz Siegert, Walter Würfel
Telefon 030 20454849
redaktion@bildungsverband.info

Fotos

DAA, Rumpfenhorst, Siegert

Druck

GOB-Service · Hamburg

Nächster Redaktionsschluss: 25. Sept. 2017